

06. Sitzung

des Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Stadt Bergneustadt
im Sitzungssaal des Rathauses, Kölner Str. 256

Sitzungstag

01.06.2015

Beginn: 18:00 Uhr

Ende: 21:20 Uhr

Anwesend sind:

Vorsitzender

Reinhard Schulte Stv.

Albert Funk Stv.

Thomas Gothe Stv.

Stephan Hatzig sachk. Bürger

Detlef Kämmerer Stv.

Wolfgang Lenz Stv.

Bernhard Ludes Stv.

Jens Holger Pütz Stv.

Stefan Retzerau Stv.

Heike Schmid Stv.

Roland Wernicke Stv.

Heinz-Dieter Johann sachk. Bürger

Von der Verwaltung:

BM Wilfried Holberg
StVR Ewald Baumhoer

Dipl.-Ing. Kai Hoseus
StA Andreas Wagner

Gäste:

Hermann Schürfeld

Stefan Kuxdorf

Wilfried Beilard

Thomas Zwinge

Andreas Hembsch

Es fehlen:

Stv. Michael Kuntze

Stv. Dietmar Halberstadt

Tagesordnung

06. Sitzung des

Planungs-, Bau- und Umweltausschusses der Stadt Bergneustadt

am 01.06.2015

TOP	Beschluss- Vorl.-Nr.	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Seite
------------	---------------------------------	---	--------------

Öffentliche Sitzung

1.		Antrag der CDU-Fraktion betr. des Stadtumbaus Hackenberg, die Durchgängigkeit des "Grünen Bandes" am Leienbach zu gewährleisten vom 26.03.2015 (Vorlagen Nr. 98/2015)	3 – 4
2.	0094/2015	Einwohneranregung betr. Vermeidung der Anwendung von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat vom 15.03.2015	4
3.		Sachstand Integriertes Handlungskonzept	5
4.		Bauanträge, Bauvoranfragen etc. zur Kenntnisnahme	5
5.		Mitteilungen	5
5.1.		Verstärkte EU-Förderprogramme für Naturschutz-Projekte	5
6.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	5
6.1.		Anfrage des sachk. Bürgers Hatzig	5
6.2.		Anfrage des Stv. Kämmerers	5

Nichtöffentliche Sitzung

7.		Anhörung von Gewerbetreibenden der Wiesenstraße/Karlstraße	6
8.	0116/2015	Umbenennung einer Straßenverkehrsfläche	7
9.	0115/2015	Bauvoranfrage der Lidl Dienstleistung GmbH & Co. KG	7 – 8
10.		Sachstand Gewerbeentwicklung	8
11.		Mitteilungen	8
12.		Anfragen, Anregungen, Hinweise	8
12.1.		Anfrage des Stv. Lenz	8

Vor Beginn der Sitzung findet ein Ortstermin auf dem Hackenberg an dem derzeit gesperrten Durchgang nördlich des Ladenzentrums statt. Im Rahmen des Integrierten Handlungskonzeptes ist angedacht, diesen Weg wieder zu öffnen, um eine durchgehende fußläufige Verbindung zwischen dem Park am Feuerwehrgerätehaus und dem Breslauer Platz herzustellen. Etwa 200 Bürger haben die Öffnung in einer Unterschriftenaktion befürwortet. Die Anwohner in der Nähe des Weges sind besorgt, dass wieder Zustände (Lärm, Müllablagerungen, Beschädigungen) entstehen, die vor Jahren zur Schließung des Weges führten. Sie haben eine Liste mit 10 Unterschriften vorgelegt, die dem Protokoll als **Anlage 1** beigelegt wird.

Landschaftsarchitekt Wündrich stellt die Planungsvarianten vor. Der Ortstermin ist offen für jeden Interessierten. Bedenken und Wünsche können von jeder Person geäußert werden.

Nach Beendigung des Ortstermins findet sich der Ausschuss im Rathaus ein. Der Vorsitzende Stv. Schulte eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde. Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung im Öffentlichen Teil gibt es nicht.

Öffentliche Sitzung

1. Antrag der CDU-Fraktion betr. des Stadtumbaus Hackenberg, die Durchgängigkeit des "Grünen Bandes" am Leienbach zu gewährleisten vom 26.03.2015 (Vorlagen Nr. 98/2015)

Der Ausschuss diskutiert die Argumente für und gegen eine Öffnung des Weges. Aus Lärmschutzgründen sollen keine Bänke oder Treppenstufen, auf denen ein Verweilen möglich ist, eingebaut werden. Lampen und Abfalleimer sollen zur Erhöhung der Sicherheit und gegen Vermüllung vorgesehen werden. Damit Kinder mit Fahrrädern auf dem abschüssigen Weg nicht ungebremst auf den Stich der Breslauer Straße fahren, soll eine entsprechende Umlaufsperre („Drängelgitter“) eingeplant werden. Die Idee, abschließbare Tore einzubauen, hält der Ausschuss für nicht umsetzbar, da ein zuverlässiges tägliches Öffnen und Schließen nicht gewährleistet werden kann.

Die Ordnungsbehördliche Verordnung, die Alkoholkonsum im Bereich des Grünen Bandes untersagt, wird auch für diesen Weg gelten. Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ein Aufenthaltsverbot in der Nacht auf dem Weg verhängt werden kann.

Der Ausschuss fasst folgenden

Beschluss:

Dem Rat wird empfohlen zu beschließen, dass die Durchgängigkeit des Grünen Bandes durch Öffnung des Weges gewährleistet wird. Es soll keine Anbindung an den Parkplatz am Dornseifer hergestellt werden. Beleuchtung und jeweils am Anfang und am Ende des Weges ein Abfalleimer sollen eingebaut werden. Das westliche Ende des Weges ist durch eine geeignete bauliche Maßnahme (z. B. Umlaufsperre) zu sichern.

Die Belange der Anlieger sollen in der Planung berücksichtigt werden, sofern dies finanzierbar ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. **Einwohneranregung betr. Vermeidung der Anwendung von Herbiziden mit dem Wirkstoff Glyphosat vom 15.03.2015
0094/2015**

Herr Baumhoer erläutert die Vorlage. Er teilt mit, dass der Bauhof drei speziell geschulte Mitarbeiter für die Anwendung glyphosathaltiger Herbizide habe.

Mitglieder des Ausschusses deuten das Schreiben der Landwirtschaftskammer vom 05.05.15 derart, dass eine Anwendung gegen die Herkulesstaude und auf Flächen des Straßenbegleitgrüns wahrscheinlich nicht zulässig sei.

Wegen der während der Sitzung nicht zu klärenden Rechtslage fasst der Ausschuss folgenden

Beschluss:

Die Verwaltung prüft, ob der Einsatz glyphosathaltiger Herbizide gegen Herkulesstauden und auf Flächen des Straßenbegleitgrüns zulässig ist.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

In Beantwortung des Prüfauftrages kann aufgrund der Auskunft von Herrn Zeuge vom 02.06.15 mitgeteilt werden, dass es sich bei Flächen des Straßenbegleitgrüns um solche handelt, die als gärtnerisch genutzt gelten. Darauf ist der Einsatz von Glyphosat erlaubt. Die Bekämpfung der Herkulesstaude stellt einen Sonderfall dar. Herr Zeuge hat sich bei der Landwirtschaftskammer telefonisch rückversichert, dass diese Herbizide gegen die Herkulesstaude eingesetzt werden dürfen.

Zudem bittet Stv. Kämmerer die Verwaltung um Auskunft, wie viel (Liter) glyphosathaltiger Herbizide der Baubetriebshof jährlich verbraucht. Herr Zeuge teilt am 02.06.15 auf Befragen mit, dass im Schnitt etwa 5 Liter jährlich verbraucht werden.

Stv. Funk möchte wissen, auf welchen Parkplatzflächen derartige Mittel angewendet werden. Herr Zeuge teilt auf Befragen am 02.06.15 dazu mit, dass Roundup o. ä. nicht auf Parkplätzen oder Wegen verwendet wird. Ein entsprechender Antrag an die Landwirtschaftskammer wurde auch nicht gestellt.

3. **Sachstand Integriertes Handlungskonzept**

Herr Wagner berichtet über den Sachstand des Integrierten Handlungskonzeptes. Die Kurzzusammenfassung des Projektstandes vom Büro Stadt- und Regionalplanung Dr. Jansen vom 18.05.2015 ist dem Protokoll als **Anlage 2** beigelegt. Der Ausschuss ersucht darum, dass der Landschaftsplaner Herr Wündrich bzw. das Büro Dr. Jansen in der nächsten Sitzung aktuelle Planungen des Projektes vorstellt.

4. **Bauanträge, Bauvoranfragen etc. zur Kenntnisnahme**

Der Ausschuss nimmt die ihm vorliegenden Bauanträge, Bauvoranfragen etc. zur Kenntnis. Die Bauantragsliste ist dem Protokoll als **Anlage 3** beigelegt.

5. **Mitteilungen**

5.1. **Verstärkte EU-Förderprogramme für Naturschutz-Projekte**

Bürgermeister Holberg informiert über die EU-Fördermaßnahmen für Naturschutzprojekte. Der Ausschuss vermutet, dass es angesichts der Haushaltssituation der Stadt Bergneustadt schwer werden dürfte, den Eigenanteil zu finanzieren.

6. **Anfragen, Anregungen, Hinweise**

6.1. **Anfrage des sachk. Bürgers Hatzig**

Bürgermeister Holberg berichtet, dass der Oberbergische Kreis den Zuschlag für zwei Leader-Projekte – Oberberg Nord und Oberberg Mitte – in Höhe von je 3,1 Mio. Euro erhalten habe. Die Stadt werde versuchen, eines seiner Teilprojekte zu den Themen „Integration in der Feuerwehr“ bzw. „berufliche Eingliederung von Migranten“ in diesem Rahmen zu etablieren.

6.2. **Anfrage des Stv. Kämmerer**

Bei Waldrettungspunkten handelt es sich um Hinweisschilder mit Koordinaten, die z. B. Wanderer in Notsituationen an Rettungskräfte melden können. Herr Baumhoyer führt aus, dass die Stadt die genauen Erfordernisse an dieses System abklären müsse, bevor Maßnahmen ergriffen werden sollten.

Der Aufwand, insbesondere was die Anzahl der Schilder anbelangt, soll auf das Notwendige beschränkt bleiben.

unterzeichnet am:

Vorsitzender

Schriftführer/in

gesehen am:

Bürgermeister